WUB

›was uns betrifft‹

informationsorgan des asta der thd

NR 16 APRIL 1978

Viel Spass
beim Buddeln

zu diesem Heft

Rechtzeitig zum Semesterbeginn ist die neue WUB fertiggeworden.
Anders als in den bisherigen WUB´s, wo in der Regel ein zentrales Thema den ganzen Inhalt bestimmt hat, setzt sich die Euch vorliegende WUB aus Beiträgen der verschiedensten Bereiche zusammen.
Die ersten drei Artikel, nämlich der zur ersten Lesung des HHG im Landtag, der zum CDU- Hochschulgesetzentwurf und der zur Situation der Verfaßten Studentenschaften in Baden-Würtemberg,sind der aktuellen Information aus dem hochschulpolitischen Bereich gewidmet.
Ein Artikel über das Service-Zentrum Mathematik (der übrigens nicht vom AStA erstellt wurde) informiert Euch über eine neue Serviceeinrichtung des Fachbereichs Mathematik, die Studenten aus allen Fachbereichen, die irgendwelche mathematischen Probleme im Zusammenhang mit ihrem Studium zu lösen haben, zur Vrefügung steht.
Ein weiterer Artikel soll dazu dienen, die Diskussion über den Eurukommunismus anzuregen, die ja seit den Wahlen in Frankreich wieder neu entfacht wurde.
Der letzte Artikel schließlich befaßt sich mit der VDS Misere und der erst kürzlich stattgefundenen 3. ordentlichen Mitgliederversammlung.

Der AStA wünscht Euch allen viel Vergnügen beim Lesen.

Inhalt

Erste Lesung der hessischen Hochschulgesetze	S. 3
Der CDU Gesetzentwurf	S. 7
Zur Situation der Studentenschaft in Baden-Würtemberg	S. 13
Film- und Fotowettbewerb im SS '78	S. 15
Das "Service-Zentrum Mathematik"	S. 18
Der Eurokommunismus	S. 23
Zur Situation in der VDS	S. 32

erste lesung der hessischen hochschulgesetze

Am 16. März 1978 fand die erste Lesung der hessischen Hochschulgesetze im Landtag statt. Zur Diskussion stand die Regierungsvorlage (Krollmann-Entwurf) und ein Universitätsgesetzentwurf der CDU-Fraktion.

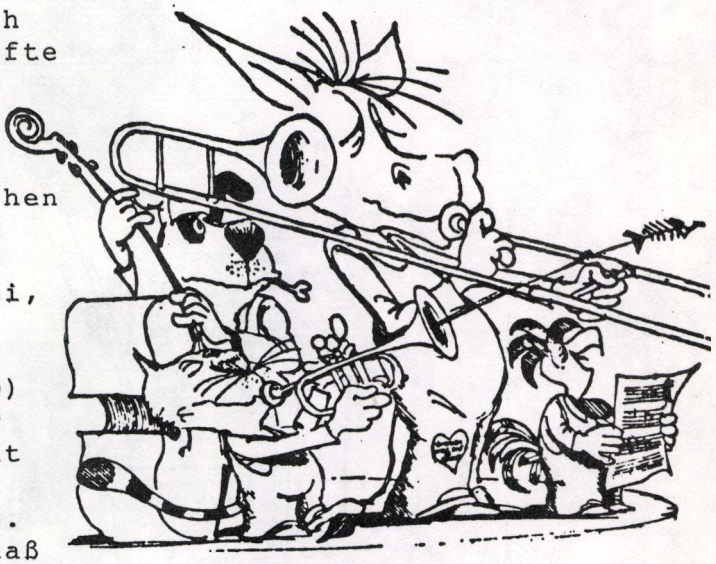
Da die Argumente in vielen Fällen bekannt sind, soll um folgenden lediglich auf die Grundaussagen und den Verlauf der Debatte eingegangen werden.

Dieses doch recht bedeutsame und umfangreiche Gesetzeswerk wurde praktisch unter Ausschluß der betroffenen Öffentlichkeit verhandelt. Die Asten in Hessen hatten keine Plätze auf der Tribüne erhalten und erst nach stundenlangem Hin und Her durfte man per Lautsprecher der Diskussion folgen.

Es gehen Gerüchte, daß einem Sprecher der wissentschaftlichen Mitarbeiter durch persönliche Intervention mehrere Abgeordneter trotz allem gelungen sei, der Sitzung beizuwohnen.

Kultusminister Krollmann (SPD) begründete seinen Entwurf. Er erklärte, daß er keinen Moment gezögert habe, das HRG umzusetzen und dies auch vertrete. Er hob ausdrücklich hervor, daß die Regelungen zur Studentenschaft notwendig und richtig seien und betonte die Verstärkung staatlicher Kompetenzen.

Gerade gegenüber den Hochschulangehörigen und auch uns Studenten macht sich die SPD/FDP Regierung durch diesen Entwurf unglaubwürdig.
Hatte sich Hessen erst bei der Anpassung ans HRG zurückgehalten (solange wie möglich warten, Klage prüfen und wenn anpassen, dann nur Minimalanpassung), so war spätenstens nach Vorlage des Referentenentwurfs klar, daß es um die totale Bürokratisierung der Hochschule und die Reglementierung der Stu-



hurra, hurra! wieder eine reform liquidiert!

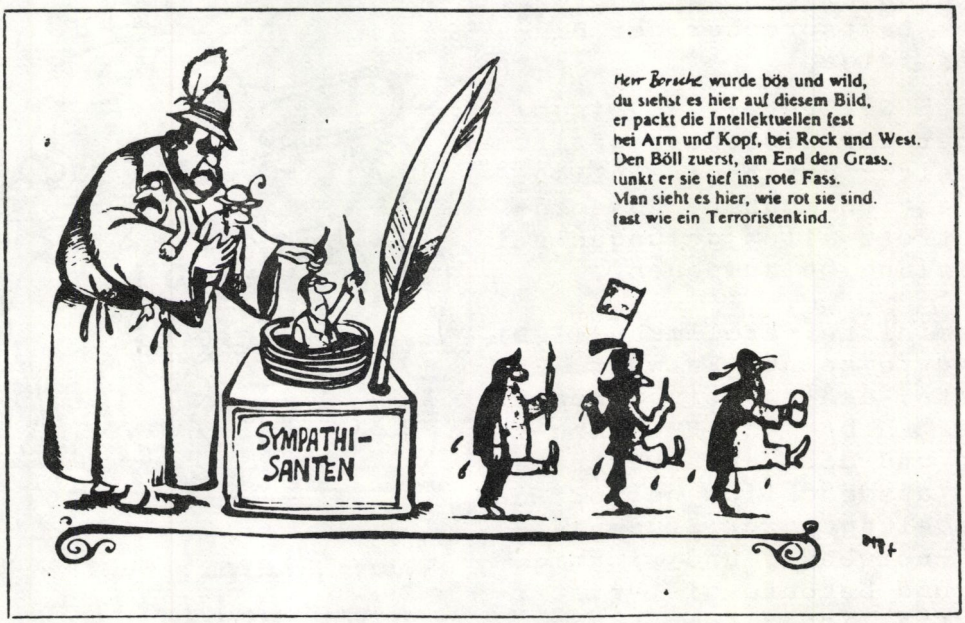
dentenschaft ging. Im Punkt Verfaßte Studentenschaft wurde das besonders deutlich, da hier das HRG praktisch keine Vorschriften macht.

Einen Entwurf, der die Beitragshoheit, Satzungsautonomie und die politische Meinungs- und Interessensvertretung der Studentenschaft einschränkt und liquidiert, kann man nicht als Fortsetzung sozial-demokratischer Bildungsreformen darstellen und auch nicht mit den Grundsatzbeschlüssen der SPD in Zusammenhang bringen. Was übrig bleibt, ist "Hessische Hochschulpolitik", ein reines Macherkonzept, das keine Reform Ansätze vorsieht, für die man evtl. Prügel beziehen könnte und sich soweit der CDU annähert, daß diese darin keine sozialistische Gleichmacherei wittert, aber man gerade noch von der CDU unterscheidbar bleibt und auf die noch schlimmeren Pläne Alfred Dreggers verweisen kann.

Der Abgeordnete Borsche(CDU) verurteilte die Regierungspolitik der SPD; die Gruppenuniversität und Politisierung der Hochschulen sei verderblich und leistungsmindernd. Dazu gehöre es, den "fleissigen, anständigen und saueren Studenten " (Orginal-Zitat Borsche, nicht etwa irgendeine Veröffentlichung zwischen 1933 und 45) wieder ein sinnvolles Studium zu ermöglichen und Chaoten und sonstiges Pack zur Räson zu bringen .

Er nannte den CDU-Entwurf Ansatz einer "liberalen Erneuerung", der die Gesamthochschule abschaffe, durch ein scharfes Ordnungsrecht Rechtssicherheit an den Hochschulen herstelle und durch die Rückkehr zur professionalen Rektoratsuni (statt der Gruppenuniversität) Leistungssteigerungen gewährleistet.

Die CDU ist gegen die Verabschiedung des Gesetzes noch vor den Wahlen, damit der Hessische Wähler entscheiden könne ob er das CDU Konzept, der Leistungssteigerung für die Hochschulen durch eine weitgehende Entpolitisierung unterstütze.



Was steckt hinter dieser CDU-Taktik? Dregger hat mit den Marburger-Thesen, die die CDU einstimmig verabschiedete, ein Demokratiefeindliches Hochschulkonzept vorgelegt, das eine nach CDU-Vorstellung angepaßte Elite ausbildet. Teilweise im Gegensatz dazu steht der Gesetzestext zum HUG, den die CDU vorlegte und auch in den Landtag einbringen will. Das Dilemma der CDU: Bekennt sich die CDU vor der Wahl zu den Marbuger Thesen, verliert sie Stimmen, da sie nur noch bei aller größter Blindheit für die Studenten, Hochschullehrer und deren Bekanntenkreis wählbar ist. Setzt sie sich aber vor den Wahlen von den Dregger-Thesen ab, kann sie im Falle eines Wahlsieges kaum nochmal umschwenken und entsprechend den Wünschen ihres Ministerpräsidenten, Alfred Dregger des Unfehlbaren an den Hochschulen zuschlagen. Deshalb haben die Parteistrategen der CDU zugeschlagen und wünschen erst die Verabschiedung nach der Wahl und versuchen, das noch der SPD-FDP-Regierung schmackhaft zu machen, daß sie sich ja mit einem unliebsamen Gesetz wie die HRG Anpassung bloß bei ihren Wählern in die Nesseln setze.

Der FDP-Abgeordnete Brans akzeptierte den Krollmann-Entwurf als Grundlage, meinte aber, daß im Punkt der Studienreform eine stärkere Beteiligung der Parlamente notwendig sei, damit nicht die Kultusminister durch Staatsverträge (wie bereits geschehen) allein entscheiden.

Der Abgeordnete Heym (SPD) betonte die Bereitschaft der SPD, eine Liberalisierung des Regierungsentwurfs, insbesondere in Fragen der Selbstverwaltung und der Studentenschaft, zu prüfen. Er griff die CDU scharf an: Unter liberaler Erneuerung verstehe sie die faktische Abschaffung der Mitbestimmung, die Abschaffung der Öffentlichkeit in allen Hochschulgremien, die Liquidierung der finanziellen Selbstverwaltung der Hochschule, die Abschaffung der Studentenschaft á la Baden-Württemberg.

Insbesondere kritisierte er, daß die CDU zwar immer herumstehe und nach der Polizei schreie, aber niemals ernsthaft daran inter essiert war, die Probleme zu lösen.

Dazu ist festzustellen, daß die hauptsächlich von der CDU als flan-

kierende Maßnahme eingeleitete Verteufelungskampagne der Studenten und Hochschulen als Terroristensumpf sich nicht durchgesetzt hat. Weder in der Öffentlichkeit noch vor Gerichten. Dieser überzogene

Versuch, Kritik mit Kriminalität gleichzusetzen und Einschüchterung zu praktizieren, ist jedoch Ausdruck einer seit Jahren bestehenden Tendenz. Die Kritik an Staat und Gesellschaft und damit das Betreben nach Veränderungen soll eingeschränkt werden. Insbesondere soll deshalb das kritische Potential an Schulen und Hochschulen eingetrocknet werden.

Die studentischen Aktionen im Wintersemester waren massiver und auch öffentlichkeitswirksamer als eingeplant. Mittlerweile kann man in der Öffentlichkeit immerhin schon darüber diskutieren, ob das HRG und sein Instrumentarium überhaupt sinnvoll sind.
Dazu kommt, daß nicht einmal die Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Angestellten für das HRG sind, so daß es gegen den Widerstand der gesamten Hochschule durchgesetzt werden muß.
Als gegen Ende des Wintersemesters Kultusminister Krollmann (SPD) durch die hessischen Hochschulen reiste, wurde das besonders deutlich: es gibt keine inhaltliche Begründung für das HHG, es dient lediglich dazu, Studenten einzuschüchtern und Studieninhalte kurzsichtig an Verwertungsinteressen der Industrie anzupassen.
Deshalb sind umfangreiche Protestaktionen der Studenten zur 2. und 3. Lesung der Gesetze geplant.
Für uns geht es darum, daß das Studium nicht total entqualifiziert wird durch ein staatlich verordnetes Einheitskurzstudium, sondern daß die Studenten zu verantwortlicher und verantwortungsvoller wissenschaftlicher Arbeit befähigt werden. Wir wehren uns dagegen, in 95 % Rezeptanwender und 5 % Rezepterfinder mit Überblick aufgeteilt zu werden, da die Rezeptanwender zwar über ein gewisses Maß an Fachkenntnissen verfügen, aber nicht fähig sind, ihre Arbeit überlegt zum Wohle der Menschheit einzusetzen.

„Seine Zulassung für den Kindergarten ist hin, Chef! Ich habe ihn bei der Ausübung seiner freiheitlich-demokratischen Grundrechte ertappt!"

Darüberhinaus wehren wir uns dagegen, daß durch Einschüchterungs- und Disziplinierungsmechanismen verstärkt Angst und Unsicherheit erzeugt wird, was letztlich auch jeder notwendige, sachliche, offene Diskussion unmöglich macht. Schon heute ist die Sitiation dadurch gekennzeichnet, daß Seminar- oder Diplomarbeiten zu bestimmten Themen nicht mehr durchgeführt werden, aus Angst beim Verfassungsschutz vorgemerkt zu werden. Ausgehned von dieser "Selbstzensur" der Betroffenen besteht verstärkt die Gefahr"struktureller Denkverbote", da bestimmte Probleme immer weniger thematisiert werden (und werden dürfen) da sie sich ja evtl. nicht im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegen könnten.

gleichschaltungsgesetz für die hochschule oder der CDU entwurf

Vorbemerkung: Die Anpassungsentwürfe von Ku-Mi Krollmann hat der AStA in WUB Nr. 14 und in zahlreichen Flugblättern vorgestellt und kritisiert. Im Landtag hat jetzt die CDU einen Alternativentwurf vorgelegt, den sie offensiv im Wahlkampf vertreten und nach dem als selbstverständlich angenommenen Wahlsieg im Oktober umsetzen will.
Deshalb erscheint es uns notwendig, dieses Machwerk an einigen Punkten (ohne Anspruch der Vollständigkeit) zu durchleuchten.

Die Grundtendenz des CDU-Entwurfs ist die Rückkehr - inhaltlich und organisatorisch - zu der Ordinarienuniversität. Keimzelle dieser Universität ist die "selbständige wissenschaftliche Einrichtung", (vergleichbar den früheren Lehrstühlen), die einzeln ihre Mittel direkt vom Land zugewiesen bekommen und ohne Beteiligung der Studenten unter Ausschluß der Öffentlichkeit darüber verfügen.
Gerade die Errungenschaft der Hochschulgesetzgebung von 1970 (Gruppenuniversität, Öffentlichkeit, finanzielle Selbstverwaltung der Hochschulen) werden abgebaut; die undurchschaubaren professorenherrliche Machtvollkommenheit soll in den Instituten wieder hergestellt werden . Die Fachbereiche u. Fachbereichsräte werden in Fakultäten bzw. Fakultätsversammlung zurückverwandelt, statt Präsidenten soll es wieder Rektoren geben.

Insbesondere am Fakultätsrat sieht man, was die CDU unter Mitbestimmung versteht: er setzt sich aus Professoren, Studenten, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Mitarbeitern im Verhältnis 7:1:2:1, statt wie bisher im Verhältnis 6:3:1:1 zusammen!
Die CDU tritt also ganz offen für die überholten ungeeigneten Strukturen ein, die vor 10 Jahren ("unter den Talaren ist der Muff von 1000 Jahren") abgeschafft werden - Reaktion par excellence. Ist das die großangekündigte "liberale" Erneuerung, daß man wohl Dekane wieder mit Spektabilität und Retoren mit Magnifizenz anreden darf?

Im einzelnen:

§ 39

Ziel des Studiums

Lehre und Studium sollen den Studenten auf eine berufliche Tätigkeit vorbereiten und ihm die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so vermitteln, daß er zu wissenschaftlicher Arbeit im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit befähigt wird.

Insbesondere an diesem Absatz wird deutlich, was die CDU mit den Hochschulen nicht will: die Studenten sollen nicht zu selbständigem wissenschaftlichen Arbeiten ausgebildet werden, geschweige denn wissenschaftlich-kritische Denkweise erlernen, sondern lediglich die Arbeit im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit befähigt werden.

"Vergessen"hat die CDU, auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Anwendung wissenschaftlicher Arbeit (oder ist es selbstverständlich, daß dies zum Wohle der Menschheit geschieht?) hinzuweisen. "Vergessen" auch, daß es fachübergreifende Fähigkeiten gibt,die zu Kooperation, Diskussion, Interessensvertretung etc. nötig sind. Oder ist etwa ein Dipl-Ing., der etwas über den Zaun seines Faches gesehen hat und sich damit auseinandersetzt, nicht erwünscht?

Die CDU-Ziele sind Klar; sie ersticken jedes kritische Potential, jede Innovation und verstärken unselig den Prozeß der Spezialisierung zum bequemen Fachidioten.

Fortschritt?

§ 35

Öffentlichkeit der Sitzungen

Der Konvent tagt öffentlich. Alle anderen Gremien tagen grundsätzlich nichtöffentlich.

Wer hat hier Angst davor, daß ihm jemand zuhört? Oder glaubt die CDU, daß sich ihre Pläne nicht in voller Breite durchsetzen lassen, wenn durch massive Teilnahme studentischer Öffentlichkeit an den Sitzungen die Positionen der Studenten deutlich sicht bar vertreten werden.
Zu den Grundlagen der Demokratie gehört es, daß die Entscheidungsgremien die Öffentlichkeit nicht scheuen und sich mit ihr auseinandersetzen. Durch diese demokratiefeindliche Konzeption disqualifiziert sich die CDU selbst.

§ 41

Studiengänge

(4) Die Regelstudienzeit bis zur Meldung zum Examen zum ersten berufsqualifizierenden Abschluß soll vier Jahre nur in besonders begründeten Fällen überschreiten. Auf die Regelstudienzeit wird eine nach Absatz 1 in den Studiengang eingeordnete berufspraktische Tätigkeit nicht angerechnet; eine Tätigkeit in Selbstverwaltungsorganen der Universität sowie in der studentischen Selbstverwaltung ist angemessen zu berücksichtigen.

In begründeten Ausnahmefällen kann die Regelstudienzeit für die Dauer von bis zu einem Jahr durch die Fakultät, der der Studierende angehört, verlängert werden. Bei einer Nichtverlängerung der Regelstudienzeit sowie bei einer Überschreitung der Verlängerungsfrist, die von dem Studierenden zu vertreten ist, führt die Universität eine Exmatrikulation durch.

(5) Für die Vertiefung und Ergänzung eines Studiums, insbesondere für die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses werden in dafür geeigneten Fächern Aufbaustudien angeboten, die in der Regel einen berufsqualifizierenden Abschluß und die besondere Eignung voraussetzen.

Die CDU steht voll zur Regelstudienzeit, wer hätte es anders erwartet? Damit nicht durch die Hintertür irgendetwas schiefgeht oder erst die Studienreform durchgeführt werden muß, wird gleich mit der Zwangsexmatrikulation losgelegt, nach dem Motto "wir haben ja eh zuviel Studenten".

Im Gegensatz zum Krollmann-Entwurf, der analog zum Bafög einen Verlängerungskatalog zuläßt, wird nach CDU-Vorstellungen ein Jahr über die Zeit bedingungslos exmatrikuliert.
Nach groben Schätzungen könnten dann immerhin knapp 12% der Studenten in Darmstadt ihr Studium auch tatsächlich abschließen, der Rest würde von der Uni geworfen.

Nach Vorbild des Musterländles ein Musterordnungsrecht, Fordert z.B. ein Professor einen Studenten auf, die Vorlesung zu verlassen und tut dieser das nicht, kann er für 2 Jahre zwangsexmatrikuliert werden. Die Rechtssicherheit - die die CDU herstellen will - ist eine Rechtssicherheit der Ordinarien (Professoren), daß sie willkürlich gegen Studenten

§ 58

Ordnungsverstöße und
Ordnungsmaßnahmen

(1) Gegen Mitglieder und Angehörige der Universität können, soweit sie nicht im Dienst des Landes stehen, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung (Ordnungsmaßnahmen) getroffen werden, wenn sie schuldhaft dadurch gegen § 12 Absatz 1 verstoßen (Ordnungsverstöße), daß sie

1. die Durchführung von Lehrveranstaltungen, den Forschungsbetrieb, die Tätigkeit der Organe oder die Verwaltung widerrechtlich erheblich behindern,
2. widerrechtlich in Räume der Universität eindringen oder auf Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernen,
3. Gebäude oder Räume der Universität oder deren zweckdienende Gegenstände zerstören oder beschädigen,
4. eine mit Strafe bedrohte Handlung begehen, die gegen Mitglieder oder Angehörige der Universität oder gegen zur Sicherung der Ordnung der Universität eingesetzte Personen gerichtet ist, oder
5. andere öffentlich auffordern, eine der Handlungen der Nrn. 1 bis 4 zu begehen.

Dies gilt auch, wenn Mitglieder oder Angehörige der Universität eine dieser Handlungen an einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes begehen. Ordnungsmaßnahmen können auch getroffen werden, wenn Mitglieder oder Angehörige der Universität schuldhaft gegen § 12 Absatz 2 verstoßen haben.

vorgehen können, während die "Rechts- un - sicherheit" des Studenten darin besteht, ohne Möglichkeit des Anrufens von Gerichten (das ist erst nach dem Rausschmiß möglich) den Entscheidungen des Ordnungsausschusses in dem die Studenten in der Minderheit sind, ausgeliefert zu sein.

§ 87

Umwandlung der Gesamthochschule Kassel

(1) Die Gesamthochschule Kassel ist mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgelöst. An ihre Stelle treten:

1. die Universität Kassel,
2. die Fachhochschule Kassel,
3. die Hochschule für bildende Künste und Musik in Kassel.

IGH Kassel:

Die CDU will also sogar die letzten Reformansätze mit Stumpf und Stil ausrotten: die integrierte Gesamthochschule soll aufgelöst werden. Bei aller Kritik und allen Schwierigkeiten mit Kassel, ist aber doch festzuhalten, daß dort beachtliche Weiterentwicklungen des Praxisbezugs gerade in Ingenieurdisziplinen erreicht werden konnte und die IGH darüberhinaus den einzig erstzunehmenden Ansatz in Hessen darstellt, die hierachisierten, undurchlässigen, konventionellen Ausbidlungssysteme Uni/FH zu vereinigen.

In der Mensa ist's teurer!

KOPIERPREISE

1	Kopie	0,20 DM
7	Kopien	1,00 DM
15	Kopien	2,00 DM

Bei Mehrfach-Kopien von einer Vorlage kosten die ersten fünf Kopien jeweils 0,20 DM, jede weitere Kopie kostet 0,04 DM.

tip

Die Asta Kopierer stehen im alten Hauptgebäude vor dem Asta-Büro

Asta Service

Internationale Studenten-Ausweise

Drucken

Kopien

Kopieren von Kleinauflagen

Rechtsberatung

Bus-Verleih

Geschäftszeit des AStA-Büros: Montag bis Freitag 1o - 13 Uhr!

Studentenschaft

§ 56

Vertretung der Studenten

(1) Die Studenten einer Universität bilden die Studentenschaft.

(2) Organe der Studentenschaft sind das Studentenparlament und der Allgemeine Studentenausschuß.

(3) Den Organen der Studentenschaft obliegt es, die studentischen Angelegenheiten ihrer Universität zu vertreten.

(4) Das Studentenparlament wird gemäß den Vorschriften des § 84 nach den Grundsätzen der freien, gleichen und geheimen Verhältniswahl gewählt. Es gibt sich eine Geschäftsordnung, die vom Rektor der Universität zu genehmigen ist. Die Geschäftsordnung muß insbesondere Bestimmungen vorsehen für

1. die Zusammensetzung, die Befugnisse und die Beschlußfähigkeit der Organe der Studentenschaft,
2. die Amtszeit der Mitglied von Organen der Studentenschaft und den Verlust der Mitgliedschaft,
3. die Art der Beschlußfassung sowie die Form und Bekanntgabe der Organbeschlüsse,
4. die Aufstellung, Verabschiedung und Ausführung des Haushaltsplans unter Berücksichtigung von Absatz 5.

(5) Zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 3 werden der Studentenschaft im Universitätshaushalt Mittel in angemessenem Umfang zugewiesen.

(6) Die Studenten einer Fakultät wählen nach den Grundsätzen der freien, gleichen und geheimen Verhältniswahl einen Sprecher und zwei Stellvertreter. Diese bilden zusammen die studentische Fachschaftsvertretung. Das Nähere regelt die Wahlordnung.

(7) Verletzt jemand als Mitglied eines Organs der Studentenschaft oder einer studentischen Fachschaftsvertretung vorsätzlich oder grob fahrlässig die ihm obliegenden Pflichten, so hat er den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Die Universität ist befugt, entsprechende Schadensersatzansprüche gegen Mitglieder der Organe der Studentenschaft oder der studentischen Fachschaftsvertretung gerichtlich und außergerichtlich geltend zu machen.

§ 57

Rechtsaufsicht über die Studentenschaft

Die Studentenschaft untersteht der Aufsicht des Landes. Sie wird vom Rektor als unterer und vom Kultusminister als oberster Rechtsaufsichtsbehörde wahrgenommen.

Die Studentenschaft hat keine klar definierten Aufgaben. Dadurch wird die Rechtssprechung, die immer weniger zu studentischen Angelegenheiten erklären und beispielsweise dazu übergeht, Veranstaltungen von Fachschaften überhaupt zu verbieten, Tür und Tor geöffnet.

Zudem wird der Studentenschaft (selbstverständlich unter sorgsamer Aufsicht) Geld zugeteilt. Sitzt der RCDS im AStA, gibts dann mehr, haben irgendwelche unliebsameren Kräfte die Mehrheit, kann man dann ja gelassen den Geldhahn zudrehen und auf diese Art politisch Andersdenkende unter Druck setzen.

Zur Lage der Studentenschaft in Baden-Württemberg

In Baden-Wü rtemberg wurde die Anpassung der Landesgesetze schon vor einiger Zeit formuliert und im November 1977 zum Gesetz erhoben. Dabei wurde die repressive Tendenz des HRG voll ausgeschöpft.

Ansätze dafür waren schon 1973 bei der Novellierung der Landesgesetze erkennbar. Bestimmungen, die 1975 im HRG verankert wurden, wurden vorweggenommen und nicht abgeschafft, aber das allgemein politische Mandat wurde explizit verboten, studentische Vollversammlung und Urabstimmung waren nicht länger Organe der Verfaßten Studentenschaft, das Ordnungsrecht mit der Möglichkeit der Relegation wurde eingeführt.

Als bisher erstes Bundesland nutzte Baden-Württemberg die Möglichkeiten des HRG aus und schafften im letzten Jahr die verfaßte Studentenschaft ab. Es gibt zwar immer noch einen "ASTA", der besteht aber aus den studentischen Mitgliedern im Senat und wird aus dem Universitätshaushalt finanziert (Abschaffung der Finanzautonomie). Ein Studentenparlament gibt es genausowenig wie Fachschaftsvertreter. Dieser sehr allgemeine Studentenausschuß unterliegt der totalen Kontrolle durch den Universitätspräsidenten, der auch laut Gesetz die Beschlüsse des AStA ausführt. Die Möglichkeiten dieser "Institution" realistisch einschätzend, wird dieser Staats-AStA nur KASTRA genannt.

Diesen staatlich gelahmten Filbinger-Ausschüssen versuchen die Studenten eine funktionsfähige und starke Studentenbewegung entgegenzusetzen, die vom "Musterländle" unabhängig ist.

Dabei werden zwei Modelle durchgeführt: Zum einen der unabhängige Studentenausschuß -UStA- und zum anderen, der AStA als eingetragener Verein.

Diesen beiden Modellen liegen verschiedene politische Vorstellungen zugrunde. Der UStA basiert auf rätedemokratischen Prizipien - wie bisher auch, ist jeder Student der Hochschule Mitglied in der unabhängigen Studentenschaft. Auf Fachschaftsvollversammlungen werden 1) (meistens 5) gewählt. Die Fachschaftssprecher aller Fachbereiche bilden den UStA-Rat, der sich dann Referenten wählt, die bestimmte Aufgaben wahrnehmen. Auf ähnliche Weise wurden an der THD StuPa und AStA gewählt, bis 1974 eine neue Satzung inkraft trat, die Urnen-und Verhältniswahl vor schreibt.

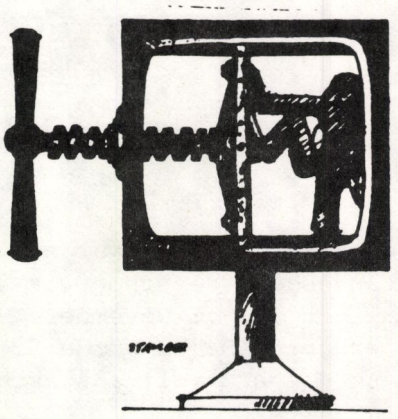
Anders ist es beim AStA e.V.: hier werden Wahlen zentral an der ganzen Hochschule durchgeführt. Das ist das selbe Prinzip, nach dem auch an der THD das Studentenparlament gewählt wird.

Erfahrungsgemäß sind dem UStA bei Modellen die Probleme am Fachbereich Ausgangspunkt der Diskussion, während im anderen Fall die Auseinandersetzung der hochschulpolitischen Gruppen die Diskussion prägt. Finanzieren wollen sich beide - AStA e.V. und UStA - auf die gleiche Weise. Es wird unabhängig von dem eigentlichen Vertrag eine Kasse e.V. gegründet und die Studenten werden aufgefordert ihre Beiträge weiter auf freiwilliger Basis zu zahlen.

1) Fachschaftssprecher

Am 9.2.77 trat das Landeshochschulgesetz inkraft und die Abschffung der Verfaßten Studentenschaft wurde Wirklichkeit. Das Vermögen der Studentenschaften fiel an die Universitäten. In einigen Hochschulen wurden die AStA-Räume polizeilich geräumt, in anderen verlegte man sich auf Abwarten, aber auch da wurde letztlich geräumt. Durch die ebenfalls eingeführte Regelstudienzeit sind eine Reihe von Studenten durch Relegation bedroht. Die Studentenschaft Baden-Württembergs rechnet mit 1.000 - 2.000 Exmatrikulationen im Sommersemester - vor allem bei Lehramtskandidaten wegen Überziehung der Regelstudienzeit. Das Kultusministerium spricht von "nur 400 Fällen". Die alten ASten arbeiten erstmal weiter und orga-

nisieren Neuwahlen, die an einer Reihe von Hochschulen noch ausstehen. An den meisten Unis haben auch schon Wahlen zu den KASTRA's stattgefunden undnur in einer Hochschule haben die Rechten eine knappe Mehrheit erhalten. Die Studentenschaften erholen sich langsam von Filbingers Kahlschlag und versuchen eigene Organe zu schaffen, die eine konsequente Interessenvertretung ermöglichen, obwohl es noch keine Einigkeit über die Form der Studentenvertretung und über die richtige Politik gibt, und versuchen, eigene Organe zu schaffen, die eine konsequente Interessenvertretung ermöglichen.



studenten keller im schloss

← SCHLOSSKELLER →

das heißt nicht:
Gespenster, Verliese, Folterknechte,... oder so

nein!

sondern, wie sagte Cäsar schon?
Brot, Wein und Spiele (für's Volk und sonst noch wen)

oder besser gesagt: Studentenkneipe, -pinte, -lokal, -treff

mit: Veranstaltungen

jeden Dienstag: Folk Club (Folkmusik natürlich)

wochenends: Musikgruppen, Theater

Zwischenprogramme können auf dem dortigen Klavier eingelegt werden
(Mindestvoraussetzung: unterscheiden zwischen Tastatur und Rückwand)

Spiele aller Arten werden entliehen

ein Nebenraum für Konferenzen, Geschwafel oder ähnliches bis ca. 20 Personen ist gegen Voranmeldung zu vergeben

übrigens: Essen- und Getränkepreise sind kostendeckend kalkuliert

Na! is das nix?

← STUDENTENKELLER IM SCHLOSS →
(zu finden im Schloßhof)

Grosser Wettbewerb im SS '78

Der Allgemeine Studentenausschuß der THD veranstaltet gemeinsam mit der Technischen Hochschule Darmstadt einen

Film- Foto- und Plakat - Wettbewerb unter dem Thema:

Student '78 und seine Umwelt

Alle Studenten und alle Hochschulangehörigen sind aufgerufen mit den Mitteln der Fotografie, des Films oder einfach nur mit Papier und Schere die Probleme darzustellen, die Studenten haben, ein jeder aus seiner Sicht.
Jeder von uns ist schon irgendwie, irgendwo, irgendwann mit der harten Wirklichkeit studentischen Daseins zusammengeprallt. Die Bedingungen unter denen wir leben und arbeiten sind uns nur zu bekannt.

Wir Studenten haben auf der einen Seite den Vorteil, daß wir unsere Arbeit und Freizeit relativ selbstständig einteilen können. Dem stehen aber eine Reihe von Nachteilen gegenüber. Finanzielle Schwierigkeiten - viele Studenten leben am Rande oder unterhalb des Existenzminimums - Prüfungsdruck usw. sind Schwierigkeiten mit denen Studenten fertig werden müssen. Dazu kommt oft genug noch eine feindliche, von Vorurteilen belastete Umwelt. Das Wohnungsangebot reicht nicht aus und dieser Engpass wirf öfters zu überhöhten Preisen ausgenutzt.

Ein weiterer Punkt sind die Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Studenten und Bevölkerung. Manchmal gewinnt man den Eindruck, daß schon fast unterschiedliche Sprachen gesprochen werden.

Diese Problematik soll dargestellt, vielleicht auch Lösungen aufgezeigt werden. Wir führen den Wettbewerb in drei Bereichen durch - Foto- Film - Plakat. Für jeden der Bereiche sind drei Preise ausgesetzt, DM 300,--, DM 200,-- und DM 100,-- . Die Preise werden von einer unabhängigen Jury pro Bereich verteilt. Einsendechluß ist der 10. Juni 1978. (Datum des Poststempels).

Wer kann mitmachen?

Grundsätzlich mitmachen kann jeder Student oder Studienkollegiat, alle Angehörigen der TH Darmstadt und des Studentenwerks der THD. Nicht mitmachen dürfen die Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses, des Wettbewerbskomitee und natürlich die Mitglieder der Jury . Es können selbstverständlich auch Gruppenarbeiten eingereicht werden.

Was macht Ihr nun mit den fertigen Beiträgen?

Der weitere Weg ist jetzt einfach. Ihr müßt nur noch ein Formular ausfüllen (aus der Wub ausschneiden oder im AStA erhältlich) und dann schickt Ihr den Beitrag zusammen mit dem Formular an den AStA der THD, Hochschulstraße 1, 6100 Darmstadt oder gebt ihn im AStA-Geschäftszimmer (11/56) ab.

Die Preisträger werden am 24. Juni 1978 auf einem Fest bekanntgegeben. Darüberhinaus werden sie auch noch schriftlich benachrichtigt.

Jetzt bleibt uns nur noch übrig, allen Teilnehmern einen schmatzigen Musenkuß und viel Spaß zu wünschen

AStA der THD

An den Allgemeinen Studentenausschuss der Technischen Hochschule Darmstadt
Hochschulstraße 1, 6100 Darmstadt

Hiermit erkläre ich meine Teilnahme am Wettbewerb des AStA der THD und der Technischen Hochschule Darmstadt.Mein Name und meine Anschrift lautet:

Ich bin Angehöriger der THD / Student der ..... und arbeite in folgenden Fachbereich / Dienststelle

..... (Nichtzutreffendes streichen)

Ich möchte mich mit einem Beitrag in folgendem Bereich beteiligen:

Fotografie Film Plakat

Die Teilnahmebedingungen sind mir bekannt - insbesondere:
Der Veranstalter hat das Recht,Beiträge im Rahmen des Wettbewerbs (Dokumentation,Katalog,etc.) zu veröffentlichen. - und werden von mir anerkannt.

Darmstadt,den..... Unterschrift.....

Allgemeine Teilnahmebedingungen

1. Der Wettbewerb findet in drei Bereichen statt:
   - Fotografie
   - Film
   - Plakat

   Jeder Teilnehmer kann nur einen Beitrag pro Bereich einreichen.

2. Teilnahmeberechtigt ist jeder Student,Studienkolegiat und alle Angehörigen der Technischen Hochschule Darmstadt und des Studentenwerks der THD.
   Ausgeschlossen von der Teilnahme sind die Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses,des Wettbewerbskomitée und alle Juroren.

3. Einsendeschluß ist der 10.Juni 1978,es gilt das Datum des Poststempels. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
   Die Beiträge sind zu schicken an:

   Allgemeiner Studentenauschuss
   der Technischen Hochschule
   Hochschulstraße 1
   6100 Darmstadt

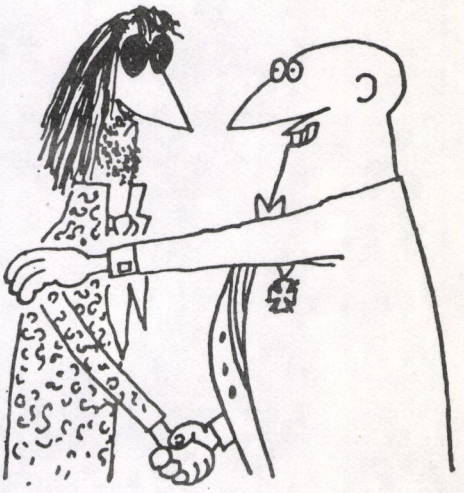
   Oder im AStA-Geschäftszimmer (11/56) abzugeben.

4. Gruppenarbeiten werden zugelassen und als ein Beitrag gewertet.

5. Herstellungskosten werden nicht erstattet.Die Teilnehmer können nach dem Wettbewerb ihre Beiträge in angemessener Frist zurückerhalten.Der Veranstalter hat das Recht Beiträge im Rahmen des Wettbewerbs (Dokumentation,Katalog etc.) zu veröffentlichen.

6. Die Gewinner werden von Jurys ermittelt und schriftlich benachrichtigt. Die Verleihung findet auf einer Veranstaltung statt,wo auch die eingesandten Beiträge ausgestellt werden.

7. Mit den Beiträgen muß ein Formular eingereicht werden,was folgendes enthält:Name und Anschrift,Hochschule und Fachbereich oder Dienststelle



Spezielle Bedingungen für die drei Bereiche

A.: Foto Als Beiträge sind zugelassen: Einzelbilder oder Serien mit max. 5 Bildern (keine Dias). Die Mindestgröße soll 9 x 13, die max. Größe 16 x 24 oder entsprechende quadratische Formate betragen.

B.: Film Format Super 8, Länge max 10 Minuten, kein Tonfilm

C.: Plakat Format von A 3 bis A 2, aus drucktechnischen Gründen muß die Vorlage mit einer Farbe gedruckt werden können.

mathematik-probleme ?

Der folgende Artikel beschreibt den Ansatz und die Zielsetzung eines Projektes am Fachbereich Mathematik, das sich mit den Defiziten und Fehlorientierungen der Mathematikanteile des Studiums auseinandersetzt, die interdisziplinäre Kooperation fördern soll und auch hoffentlich zu einer Diskussion um die Neugestaltung der mathematischen Studienanteile insbesondere bei Ingenieuren führt.

O. ÜBERSICHT

Im Rahmen der meisten Studien- und Diplomarbeiten, welche an der TH geschrieben werden, sind mathematische Aufgaben zu lösen. Dabei haben Nicht-Mathematiker oft erhebliche Schwierigkeiten. Das Service Zentrum Mathematik (SZM), welches in diesem Semester seine Arbeit aufgenommen hat, bietet ihnen Hilfe bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten an. Genaueres steht in diesem Artikel, außerdem werden die Ursachen der Schwierigkeiten untersucht und die Vorteile der Zusammenarbeit im SZM aufgezählt.

I. WAS IST DAS SZM?

Ein(e) Student(in) eines nichtmathematischen Fachbereichs findet z.B. im Rahmen einer Studienarbeit ein Problem, das er(sie) nicht auf Anhieb lösen kann und das den Anschein hat, ein mathematisches Problem zu sein. An diese Leute wendet sich das Service Zentrum Mathematik.

Beispiel: Ein(e) Psychologiestudent(in) bekommt es mit Systemtheorie oder mit Faltungen in der Wahrscheinlichkeitstheorie zu tun.

Es heiße im folgenden:

Klient der(die) Student(in) eines nichtmathematischen Fachbereichs.

Berater der(die) Mathematikstudent(in), der(die) den Versuch einer Lösung des Problems des(der) Klienten(in) unternimmt.

Betreuer der(die) Hochschullehrer(in), der(die) auf Grund seines(ihres) Fachwissens Unterstützung leisten kann.

Sowohl Klient, Berater als auch Betreuer können auch "zu Hauf" auftreten.

Organisatorischer Ablauf

1. Der Klient geht zu dem verantwortlichen Organisator des SZM und stellt ihm sein Problem vor. Der Organisator ist zur Zeit

Werner Krabs, Gebäude 2d/Zimmer 242, Tel.2487.

Wenn dieser nicht erreichbar ist, geht der Klient ins LZM (2d/244) und stellt dort dem Hochschullehrer oder Assistenten, der die Aufsicht führt, sein Problem vor.

2. Dieser beurteilt, in welches Teilgebiet der Mathematik das Problem gehören könnte. Möglicherweise genügt die Angabe von Literatur,in der die Lösung des Problems vorhanden ist.

Im SZM ist ein Buch mit einer Liste der schon gelösten Probleme und der verfügbaren Berater, deren "Fachgebiet" und deren Adresse vorhanden.

3. Er gibt dem Klienten das Teilgebiet,in das sein Problem fällt, an und teilt ihm Name und Adresse eines Betreuers und Beraters, die in Frage kommen, mit.

4. Der Klient nimmt nun Kontakt mit dem Berater auf.

5. Hat dieser Verständnisschwierigkeiten und/oder Bedenken, unternimmt er Rücksprache mit seinem Betreuer.
Ist dieser Punkt geklärt, kann die eigentliche Arbeit losgehen.

6. Nach höchstens drei Wochen treffen sich Berater und Betreuer, um Schwierigkeiten abzuklären:
(i) Es trifft hoffentlich häufig ein, daß das Problem in für beide Teile angemessener Zeit gelöst wird.
(ii) Es kann aber auch der gegenteilige Fall eintreten.
Dann wird ein Abschlußbericht gemacht. Die aufgewandten drei Wochen können aufgrund des Berichtes als Seminar für den Mathematiker angerechnet werden.
Innerhalb des Fachbereichs Mathematik findet alle drei Wochen ein "Plenum" statt, das aus Beratern und Betreuern besteht und Erfahrungsaustausch ermöglichen soll.
In regelmäßigen Abständen treffen sich Mathematikstudenten und deren "Kunden", um Informationen über die jeweiligen Arbeitsbereiche auszutauschen. Die Problemstellungen innerhalb der Bereiche für den Mathematikstudenten zu klären und vielleicht Kommunikationsschwierigkeiten abzubauen.

II. KRITIK DER MATHEMATIKAUSBILDUNG FÜR NICHT-MATHEMATIKER

Fast alle Studenten der TH haben in ihrem Grundstudium einen Mathematikkurs zu absolvieren. Traditionell spielt die Mathematik in der Grundausbildung von Ingenieuren und Naturwissenschftlern eine große Rolle. In den letzten Jahren zeigt sich ein Trend zur Mathematisierung in den Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften. Erste Ausläufer dieses Trends erreichen bereits die Linguistik, die Psychologie und die Rechtswissenschaften.
Beim Anfertigen von Studien- und Diplomarbeiten zeigen sich gewisse Mängel der Mathematikausbildung für Nicht-Mathematiker. Diese Schwierigkeiten werden im Folgenden besonders aus dem Blickwinkel der Ingenieure beschrieben, weil die Ingenieurstudenten zahlenmäßig an der TH stark vertreten sind und weil wir über ihre Probleme verhältnismäßig gut unterrichtet sind. Der größte Teil dieser Analyse dürfte auf die Schwierigkeiten der anderen Nicht-Mathematiker sinngemäß übertragbar sein.

Im Grundstudium bewältigen Ingenieurstudenten circa 2o Semesterwochenstunden Mathematik. Trotzdem bereitet vielen von ihnen im Hauptstudium die Mathematik Schwierigkeiten beim Anfertigen von Studien- und Diplomarbeiten. Diese Schwierigkeiten rühren daher, daß sie die "falsche" Mathematik und nicht etwa zu wenig Mathematik gelernt haben. Ihre wesentliche Aktivität besteht darin, Übungsaufgaben auszurechnen (oder abzuschreiben), um Scheine zu machen. Fleißige Ingenieurstudenten werden so oft geschickter im Ausrechnen von Integralen und Differentialgleichungen als die Mathematikstudenten.

Im derzeitigen Lehrbetrieb wird den Studenten durch den zeitlichen Zusammenhang zwischen dem vorgetragenen Vorlesungsstoff und den gestellten Übungsaufgaben souffliert, welche mathematischen Methoden sie zur Lösung einer Aufgabe anzuwenden haben. Die Aufgaben werden den Studenten als etwas schon in der Sprache der Mathematik Formuliertes vorgegeben. Um diese fertigen Aufgaben zu lösen, suchen sie sich anhand von Skripten, Mitschriften und Lehrbüchern eine fertige Methode aus dem Vorlesungsstoff der letzten Wochen aus und wenden sie auf die jeweiligen Zahlenwerte an.
Beim Anfertigen einer Arbeit im Hauptstudium ist der Nicht-Mathematiker unvorbereitet mit neuen Aufgaben konfrontiert. Zunächst muß er sein fachspezifisches Problem in die Sprache der Mathematik übersetzen, obwohl er nur einen Ausschnitt dieser Sprache kennt und noch nie vorher selbständig ein mathematisches Modell gebaut hat. In der Regel lassen sich mehrere Modelle für ein Problem konstruieren und es wäre für den Nicht-Mathematiker günstig, wenn er Kriterien hätte, nach denen er die Güte seiner Modelle abschätzen könnte. Dazu müßte er unter anderem einen Überblick über die vorhandenen Lösungsmöglichkeiten haben. Wenn er ein passendes Modell und eine Methode ausgesucht hat, ist der größte Teil seiner mathematischen Arbeit getan.
Das Programmieren und Rechnen ist oft mühsam und zeitraubend, aber an diesen Schwierigkeiten scheitern die wenigsten Arbeiten. Nur auf diesen letzten Teil ist der Nicht-Mathematiker vorbereitet, die komplizierten und subtilen Probleme, die vor dem Rechnen liegen, werden in seiner jetzigen Grundausbildung weitgehend ausgeklammert.

Die Bezeichnung Service Zentrum ist etwas irreführend, denn es wird Hilfe zur Selbsthilfe geboten, aber die Hauptarbeit bleibt dem Klienten überlassen.

III. KRITIK DER MATHEMATIKAUSBILDUNG FÜR MATHEMATIKER

Von der Seite der Mathematikstudenten ergeben sich ähnliche Probleme wie bei Ingenieurstudenten: Die Ausbildung im Grundstudium und meist auch im Hauptstudium entspricht sehr wenig den konkreten Anforderungen in der Praxis. Man erhält eine Menge von Grundwissen vermittelt, lernt Zusammenhänge zu erkennen, eignet sich logisches und analytisches Denken an, löst wohl auch das eine oder andere "wirkliche" Problem.

Sobald sich der Mathematiker aus dem Schutz der Theorie und des Formalen herausbegibt, wenn er im Beruf zum ersten Mal kein "Spielzeugproblem" mehr gestellt bekommt, wenn er ein reales Problem lösen soll - dann erweist sich, daß er nicht gelernt hat, wie er nun vorgehen soll. Denn diese Probleme liegen nicht als mathematisch sofort zu lösendes Modell vor, sondern sie müssen erst in die Sprache der Mathematik übersetzt werden, um Hilfsmittel wie etwa EDV einsetzen zu können.

Die übliche Arbeitsform des Mathematikers in der Wirtschaft ist die Teamarbeit: Der Mathematiker arbeitet mit Spezialisten anderer Fachgebiete zusammen an einem gemeinsamen Projekt. Die wohl wichtigste Aufgabe des Mathematikers ist, die Probleme, die an ihn herangetragen werden,

EDV-gerecht zu machen. Normalerweise werden die anfallenden Probleme in der Sprache des Anwenders vorliegen und der Mathematiker muß zunächst mit seinen Kollegen versuchen, das reale Problem zu verstehen und sich den "technischen" Lösungsweg, wie ihn der Ingenieur vorschlägt,klarzumachen (Modellansatz). Dies wird durch gegenseitiges Rückfragen und Präzisieren erreicht, dabei können alle Teammitglieder wichtige Ideen einbringen. Daraufhin wird der Mathematiker mathematische Modelle aufstellen, die den realen Modellen genügend entsprechen (was wieder im Team zu prüfen ist: validieren). Schon bekannte und erprobte Modelle werden selbstverständlich herangezogen, wenn sie verfügbar sind. Die mathematischen Modelle stellen das Problem durch Funktionen, Gleichungen usw., statt durch Pappe und Draht, dar.

Nun müssen die konstruierten Modelle auf Lösbarkeit, Relevanz und Aufwand untersucht und verglichen werden. Möglicherweise erweist sich eine mathematische elegante Lösung als so rechenzeitaufwendig, daß man ein besseres Lösungsverfahren finden muß oder das Modell als praktisch nicht tauglich verwerfen wird. Genauso wichtig ist, daß der Anwender von vornherein angibt, wie genau z.B. eine Lösung sein muß, wieviele und welche Daten zur Verfügung stehen usw. Falls man über diese Größen noch keine genauen Aussagen machen **kann oder will** (Entscheidung nach Testen des realen Problems), muß der Mathematiker im Modell bzw. im Lösungsansatz Modifizierungen vorsehen, die später leicht einzubauen sind (strukturiertes Modellieren, strukturiertes Programmieren, Parametrisieren variabler Größen u.ä.). Nachträgliche Wünsche der Anwender sind meist nur unter erheblichem Mehraufwand ("alles von vorne") zu erfüllen. Deshalb ist der dauernde Kontakt im Team erforderlich, um die Vorbereitungsphase so effektiv zu gestalten, daß beim eigentlichen Lösen der Probleme keine größeren Schwierigkeiten mehr auftreten werden.

Soweit der kurze Einblick in die Praxis der Teamarbeit im Beruf. Natürlich ist diese Skizze unvollständig. Die Probleme der Praxis sind oft viel komplexer, die Arbeit des Mathematikers ist mit der Angabe des konkreten Lösungsweges auch nicht beendet. Doch sind das Aufstellen des Modells und das Auswählen des Lösungsweges von entscheidender Bedeutung für jedes Projekt. Je besser die Vorarbeit geleistet wird, desto schneller und sicherer kommt das Team zum gewünschten Ergebnis.

Das SZM will nun den Mathematikstudenten ermöglichen, schon während des Studiums Fähigkeiten zu erarbeiten, die für die Team-Praxis nützlich und notwendig sind. Wie oben dargestellt, können Mathematikstudenten als "Berater" bei Projekten in Zusammenarbeit mit "Klienten" anderer Fachbereiche Erfahrungen in Teamarbeit gewinnen. Interessant wird vor allem sein, aus den Vorstellungen der Klienten den mathematischen Inhalt herauszuarbeiten und(rückkoppelnd) den Klienten zu veranlassen, sein Problem weiter zu präzisieren, mit dem Ziel, ausgereifte mathematische Modelle zu erhalten.
Anhand von Fachliteratur kann der Berater feststellen, welche Lösungsmöglichkeiten bekannt sind und welchen Aufwand an Rechenzeit, Datenquantität und Datenqualität sie erfordern. Wie in der Praxis soll das Ergebnis die entscheidende Bedeutung haben: Im Abschlußbericht soll ein wertender Überblick über die möglichen Modelle mit ihren Lösungsansätzen gegeben werden, der dem Klienten ermöglicht, sein mathematisches Problem nunmehr selbständig weiter zu lösen. Auch wenn sich keine brauchbaren Modelle finden lassen, hat sich die Mühe gelohnt:
Der Klient verschwendet keine Zeit daran,(praktisch) unmögliche Probleme zu lösen, sondern wird auf der Ebene seines Fachgebietes Änderungen vornehmen und neue Ideen entwickeln müssen.

Die Bearbeitung eines Projektes im SZM wird mit einem Bericht im Umfang von circa 5-10 DIN A4 Seiten abgeschlossen. Im Abschlußbericht wird dargestellt:Wie man das Problem angepackt hat, welche Modelle und Lösungsmöglichkeiten gefunden wurden und warum man sich für ein Modell und ein Lösungsverfahren entschieden hat bzw. warum keine der vorhandenen Modelle und Ideen sich verwirklichen lassen.

Ein Projekt im SZM kann als Seminararbeit für den Mathematiker anerkannt und auf Antrag im Diplomzeugnis vermerkt werden. Die Projekte können als gute Vorbereitung auf das Anfertigen einer Diplomarbeit in Mathematik genutzt werden, unter Umständen kann man das Thema des Projektes sogar zu einer Diplomarbeit ausbauen. Die Abschlußberichte werden im SZM aufbewahrt, können dort eingesehen werden und als Grundlage für weitere Projekte dienen.

IV. VORTEILE DER ZUSAMMENARBEIT IM SZM

1. Der Klient ist gezwungen, sein Problem so zu formulieren, daß es für den Berater verständlich wird. Der Berater bildet seine analytischen Fähigkeiten weiter aus, denn er muß Probleme aus ihm fremden Gebieten verstehen lernen.

2. Bei diesem Prozeß des gemeinsamen Suchens nach einer Formulierung wird das Problem zwangsläufig eingegrenzt. Die wichtigen Aspekte werden präzisiert, die weniger wichtigen Aspekte werden vernachläßigt.

3. Sowohl Klient als auch Berater lernen, ohne überflüssiges Fachchinesisch auszukommen. Die Kommunikationsschranke zwischen verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten wird abgebaut.

4. Die normalen Motivationsschwierigkeiten (Schwellenängste,Hemmungen, Mangel an Selbstvertrauen) werden von einem Team leichter überwunden als von einem isoliert vor-sich-hin-arbeitenden Individualisten.

5. Da er etwas über den theoretischen Hintergrund der verschiedenen Lösungsmethoden weiß, kann der Berater dem Klienten durch seine Hinweise oft helfen, mühsame Holzwege zu vermeiden. Aufgrund dieser Unterstützung kann der Klient seine Aufmerksamkeit von der mathematischen Darstellung und Behandlung des Problems auf das Problem selbst verlagern.

6. Das Team ist aufgefordert, die notwendigen Informationen für seine Arbeit selbständig zu beschaffen, ob durch Wälzen von Literatur, "Ausquetschen" kompetenter Leute (Betreuer, andere Hochschullehrer, Kommilitonen) oder durch intensive Gespräche im eigenen Kreis (brainstorming). Dabei werden Arbeitstechniken erprobt und eingeübt.

7a. Durch die Zusammenarbeit mit dem Berater kann der Klient über sein kurzfristiges Problem hinaus die Arbeitsweise der Mathematiker kennenlernen. Er lernt dadurch, die Möglichkeiten und Grenzen der Mathematik und der Mathematiker besser einzuschätzen.

7b. Der Berater erfährt, daß die Mathematik ihre Bedeutung im wesentlichen durch die Anwendung auf reale Probleme erhält. Mathematik ausschließlich als "l'art pour l'art" ist nicht denkbar.

Ashbrook
Geist
Hehn

Am Die.25.4.78, findet um 16 Uhr eine Informationsveranstaltung über das SZM in 47/o52 statt.

Der Eurokommunismus -

ein neuer Weg zum demokratischen Sozialismus ?

Durch die Wahlen in Frankreich ist der Eurokommunismus in jüngster Zeit wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Fast alle Medien beschäftigten sich im Zusammenhang mit der Wahl überwiegend mit Programm, Strategie und Aussichten der sog. Volksfront, deren stärkste Vertreter die Sozialistische Partei unter Mitterand und die Kommunistische Partei unter Marchais sind. Was wird geschehen, wenn die Sozialisten und die Kommunisten an die Regierung kommen? Werden sie sich getreu ihrem Wahlprogramm mit der Verstaatlichung einiger Betriebe begnügen, sich ansonsten aber an die Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus im Kapitalismus halten? Das alles waren Fragen, die sowohl die rechte als auch die fortschrittliche Presse in der Bundesrepublik ausführlich behandelten.
Allgemein rechnete man der Volksfront keine schlechten Chancen aus, die Wahl zu gewinnen. Dies ist zwar nicht eingetreten, aber immerhin erhielten die Volksfrontparteien zusammen 49,2 % aller Wählerstimmen.
Anders als in der Bundesrepublik, wo die SPD seit 1966 an der Regierung beteiligt ist, (die DKP mit einem Stimmenanteil von weniger als 0,5 % kann außer acht gelassen werden) hätte ein Wahlsieg der Linken in Frankreich eine wesentliche Veränderung bedeuten können.

Diese Erwartungen wurden allerdings auch in die SPD gesetzt, die als Arbeiterpartei gegründet wurde, um so die Arbeiterbewegung organisatorisch und programmatisch zu einigen. Im Laufe vor allem der letzten Zeit zeigte sich aber ganz deutlich, daß diese Erwartungen von der SPD nicht erfüllt wurden. Das ursprüngliche Ziel, nämlich die kapitalistische Gesellschaft durch eine revolutionäre Bewegung zu überwinden, wurde schon bald aufgegeben, ebenso wie der Anspruch, eine Arbeiterpartei zu sein. Dieser Begriff wurde 1959 mit dem Godesberger Programm aus den Parteistatuten gestrichen und durch den Begriff "Volkspartei" ersetzt, was den weiteren Weg der SPD bereits

vorzeichnete. Trotzdem ist die SPD bis heute die einzige politische Organisation in der Bundesrepublik geblieben, in der sich die Masse der Arbeitnehmer organisieren.
In Italien und Frankreich spielen die sozialdemokratischen Parteien keine große Rolle. In beiden Ländern sind es die kommunistischen Parteien, die beide den Ruf, eine Massenorganisation von Arbeitern zu sein, für sich in Anspruch nehmen.
Sind die sog. Eurokommunistischen Parteien, nämlich KPF, KPI und KPSpanien auf dem Weg zu sozialdemokratischem Reformismus oder zeigen sie einen neuen, realisierbaren Weg zum demokratischen Sozialismus auf, das ist die Frage, die im Folgenden behandelt werden soll.

Zwischen den eurokommunistischen Parteien gibt es eine wesentliche Gemeinsamkeit: sie akzeptieren das bestehende kapitalistische Gesellschaftssystem. Zwar ist in dem gemeinsamen Programm, das nach langen Verhandlungen der KPF mit der Sozialistischen Partei zustandegekommen ist, die Verstaatlichung einiger Betriebe vorgesehen. In Italien jedoch, wo viele Betriebe bereits verstaatlicht sind, redet man sogar wieder von Reprivatisierung. Mit Forderungen wie "Gürtel-enger-schnallen", eventuellem Lohnstopp u.ä., die alle zum Ziel haben, den Kapitalismus zu sanieren, zeigt die KPI der Arbeitnehmerschaft ganz deutlich, was sie im Falle einer kommunistischen Regierung zu erwarten hat.

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen KPF, KPI und KPS ist, daß sie die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie und den Parlamentarismus anerkennen. Allein das Wahlergebnis soll entscheiden, ob die KP die Regierungsgewalt übernimmt oder, im Fall einer Wahlniederlage, wieder abgibt. Der Begriff der "Diktatur des Proletariats" ist schon lange

aus den Statuten der KPI gestrichen, und neurdings auch aus denen der KPS und der KPF. Für sie alle gilt allein die überwältigende Mehrheit, und gerade dies ist auch ein Punkt, der den endgültigen Bruch mit der KPdSU, die ja dem leninschen Begriff der "Politischen Mehrheit" Folge leistet, vorahnen läßt.

Überhaupt läßt sich die Loyalität zur KPdSU nur noch bedingt bei der KPF - die bis vor 10 Jahren noch streng moskauhörig war - feststellen. Die Führungsrolle Moskaus erkennen die eurokommunistischen Parteien längst nicht mehr an. Die Parteiorgane von KPF und KPI, l'Humanité und Unita, üben offene Kritik an der Politik der KPdSU. Eine besonders umstrittene Frage ist dabei das Problem der politischen Unterdrückung in der UdSSR, und gerade hier reagiert der Kreml besonders empfindlich: während die Menschenrechtsproklamationen des Jimmy Carters von der KPdSU als lügnerische Hetzkampagne der US-Imperialisten zurückgewiesen werden können, gerät sie bei der Kritik der Eurokommunisten in ein Dilemma: entweder sie erklärt, die wichtigsten KPen Europas seien ins Lager der Bourgeoisie übergelaufen - dies würde einen erheblichen Prestige- und Autoritätsverlust für den Kreml bedeuten - und seinen Führungsanspruch endgültig in Frage stellen - oder sie gibt zu, daß es auch vom sozialistischen Standpunkt eine Alternative zum Unterdrückungssystem in der UdSSR gibt - dies würde die linke Opposition in den Ostblock-Staaten nachhaltig stärken. Vorläufig begnügt sich die KPdSU damit, die Eurokommunisten als "Konterrevolutionärer Pöbel", "politische Intrigenten" und "Handlanger der reaktionären Bourgeoisie" zu bezeichnen.

Es stimmt zwar, daß die Kommunistischen Parteien in Frankreich, Spanien und Italien die Bourgeoisie als politischen Faktor anerkennen. Carillo, der spanische KP-Chef bekennt sich offen als pro-Suarez und akzeptiert die Monarchie. KPI-Chef Berlinguer schließt ein Bündnis mit der Democracia Christiana (DC) nicht aus.

Dennoch scheint die Bourgeoisie sich nicht ganz schlüssig zu sein, was sie von dem Phänomen des Eurokommunismus halten soll. Während die einen vor dem "Wolf im Schafspelz" warnen, der nur darauf wartet, an die Macht zu kommen, um das System dann radikal umzuändern, scheinen die anderen die Kommunisten als mögliche Partner im bürgerlichen Parteiengefüge zu akzeptieren. US-Präsident Carter z.B. sieht im Eurokommunismus keine tödliche Gefahr mehr und in Italien organisieren sich immer mehr Unternehmer in der kommunistischen Partei.

Die Grundthesen der eurokommunistischen Parteien

1. In hochindustrialisierten Ländern ist es unmöglich, ohne die Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zum Sozialismus zu gelangen. Zur Feststellung der jeweiligen Mehrheiten soll das bürgerlich-parlamentarische System erhalten bleiben.

2. Die Instututionen des bürgerlichen Parlamentarismus müssen schrittweise aus ihrer Funktion, Instrumente der Bourgeoisie zu sein, herausgeführt werden durch allmähliche Staatseingriffe in das Wirtschaftsleben. Die Arbeiterbewegung muß Strukturreformen erkämpfen, die den Charakter einer kapitalistischen Gesellschaft etappenweise umwandeln und schließlich ihre Natur selbst verändern.

3. Die vor uns liegende Etappe ist die sog. "fortgeschrittene Demokratie", die durch verschiedene Demokratisierungsmechanismen im Wirtschaftsleben und der Beteiligung der Masse an der Staatsführung die Macht der Monopole schwächt und das Gewicht der Arbeiter qualitativ anhebt. Diese Etappe ist der entscheidende Übergang zum Sozialismus.

4. Um eine starke antimonopolistische Allianz herzustellen, muß ein Konsens zwischen Arbeiterschaft, kleinem und mittlerem Bürgertum hergestellt werden. Um diesen Konsens nicht von vorneherein zu gefährden, wird die kapitalistische Marktwirtschaft, d.h. das Privateigentum an Produktionsmitteln, zunächst nicht in Frage gestellt.

Zieht man dies alles in Betracht, nämlich die Befürwortung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft einerseits und die Entfernung von der orthodoxen marxistisch-leninistischen Ideologie andererseits, stellt sich zwangläufig die Frage: was wollen die Eurokommunisten überhaupt?

Nach eigenen Aussagen wollen sie zumindest eines nicht, nämlich die radikale Veränderung des bestehenden Systems durch die revolutionäre Arbeiterklasse! Zwar ist das Ziel der eurokommunistischen Parteien nach wie vor die Überwindung des Kapitalismus; dieses Ziel wollen sie aber nur schrittweise erreichen und nur dann, wenn sie wirklich die breite Mehrheit der Bevölkerung hinter sich wissen.

Bis dieses Ziel allerdings erreicht ist, wird zumindest eine lange Zeit vergehen, vorausgesetzt, es ist überhaupt möglich.

Eine Regierung, die sich in erster Linie darauf konzentriert, aktuelle politische Probleme wie Arbeitslosigkeit und Inflation in dem Rahmen zu lösen, in dem diese entstanden sind, wird auf diese Weise nie zu einem anderen gesellschaftlichen System gelangen, sondern bestenfalls das bestehende stabilisieren. Gerade die Geschichte der SPD hat gezeigt, daß aktuelle Probleme im Kapitalismus oft nicht lösbar sind, denn das kapitalistische System setzt Grenzen, die nur überwunden werden können, wenn das System selbst überwunden wird. Die Interessen der Arbeiterschaft stehen grundsätzlich in krassem Widerspruch zum obersten Interesse der Produktionsmitteleigner: nämlich Profit zu machen.

---

asta service

z.B.

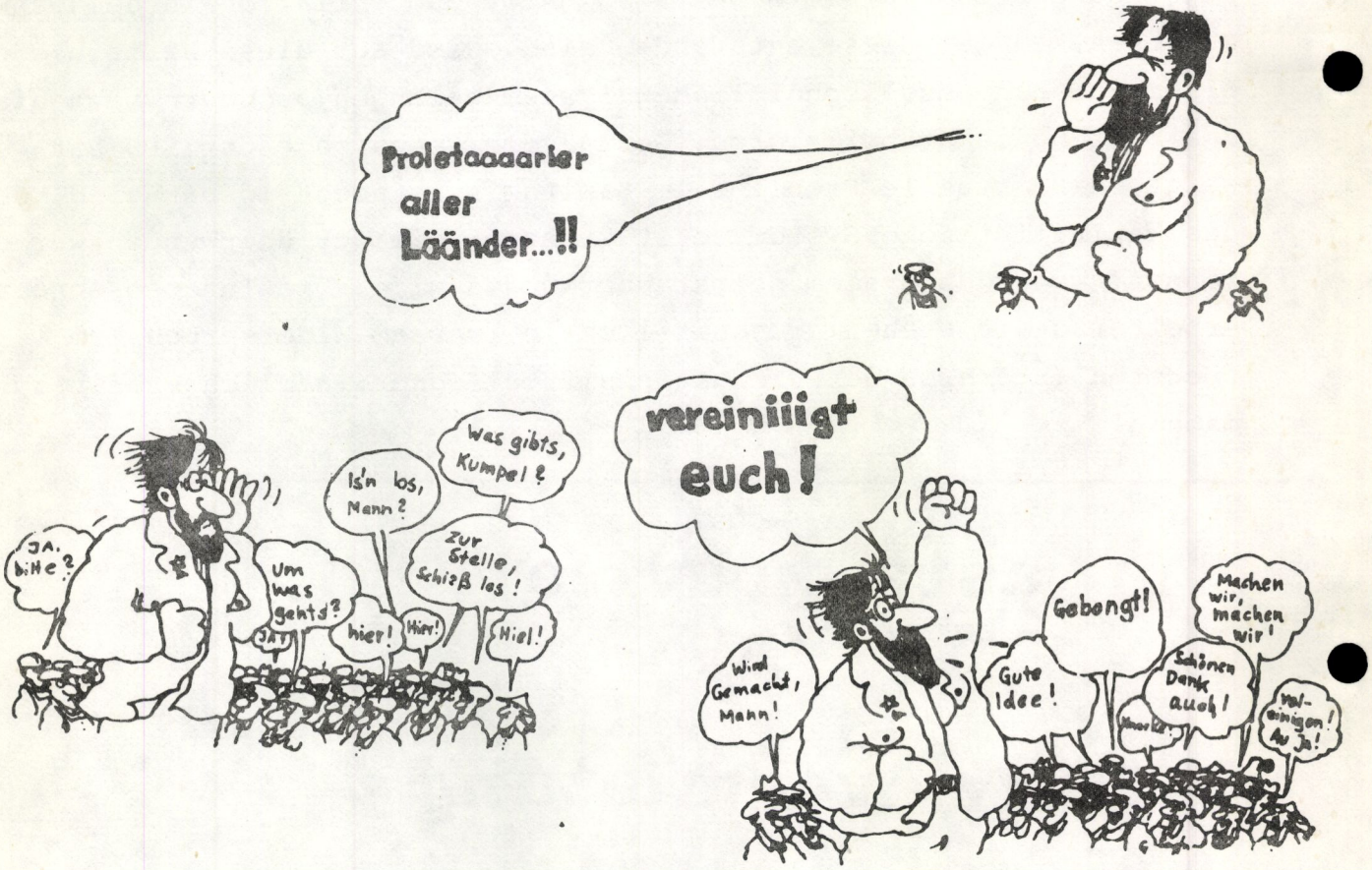
kfz - vermietung

Jeder Student kann im AStA-Büro (altes Hauptgebäude) einen Kleinbus mieten. Zur Verfügung stehen ein VW-Kasten (ohne Sitze) und ein VW Bus mit 9 Sitzen. Jeder Bus ist Haftpflicht-, Vollkasko-, Rechtsschutz- und Insassen versichert.

Der Vertragsabschluß kostet	8,-- DM	
zus. kostet jede Std.	1,-- DM	(höchstens 8,-- DM pro Tag)
dazu eine km-Pauschale pro Km	-,22 DM	
und natürlich Benzinkosten		

Der Mindestrechnungsbetrag ist allerdings immer 20,-- DM.

Auch der Ansatz der Eurokommunisten, eine Systemveränderung auf nationaler Ebene durchzuführen, erscheint völlig utopisch. Den Stellenwert des internationalen Kampfes können wir an einem Beschluß der europäischen KPen von 1976 ablesen: die kommunistischen Parteien befü rworten die "internationale freiwillige Zusammenarbeit und Solidarität auf der Grundlage souveräner Unabhängigkeit jeder Partei". Mit anderen Worten: die Eurokommunisten setzen den Schwerpunkt ihrer Arbeit im nationalen Bereich und halten es für realistisch, im kapitalistischen Umfeld einen isolierten Arbeiterstaat aufzubauen.



Die Verflechtungen des Kapitals sind dagegen auf internationaler Ebene soweit forgeschritten, daß eine nationale Überwindung des Kapitalismus undurchführbar erscheint. Abgesehen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ein gemeinsamer Markt mit sich bringt (und für ein isoliertes sozialistisches Land zweifellos den wirtschaftlichen Ruin bedeuten würde), wären auch erhebliche politische Schwierigkeiten zu erwarten. Es wäre eine Illusion zu glauben, das Kapital gebe seine wirtschaftliche und daraus resultierende politsche Macht frei-

willig aus der Hand. Wenn nicht ein Putsch innerhalb des Landes alle Versuche, ein sozialistisches System aufzubauen, zunichte machen würde (und das ist ja auch der Punkt, auf den sich die Eurokommunistenn vor allem Carillo, berufen, wenn sie sagen, Sozialismus sei jetz jetzt noch nicht möglich) dann würde zumindest das Ausland, allen voran die USA, die ja schon oft gezeigt haben, daß sie nicht gerade zimperlich sind, "ordnend" eingreifen.

Eine KP wirkt unglaubwürdig, wenn sie gegen die Bourgeoisie im eigenen Land kämpft, sich aber auf internationaler Ebene gegenüber der Bourgeoisie neutral oder sogar entgegenkommend verhält. Der spanische KP-Führer Carillo vertritt diese widersprüchliche Politik: er sichert die Unterstützung der NATO und die Mitarbeit in der EG zu und betont, daß der proletarische Internationalismus ein "zum Verschwinden verurteiltes historisches Überbleibsel" sei.

> Die historischen Wurzeln des"Sozialismus in einem Land" liegen in den 2Oer Jahren: entgegen den Prinzipien der Kommunistischen Internationale vertrat die sowjetische Führungsgruppe um Stalin ab 1924 die Theorie, es sei möglich, einen isolierten sozialistischen Staat inmitten eines kapitalistischen Umfelds aufzubauen. Mit der Anerkennung dieser Theorie durch die Mehrzahl der KPen verschob sich die Gewichtung zwischen internationaler und nationaler Arbeiterbewegung und das Verhältnis zwischen dem isolierten Arbeiterstaat und der Revolution auf internationaler Ebene.
> Denn nun galt es, die Sowjetunion als isoliertes sozialistisches Land mit allen Kräften zu verteidigen und die nationalen Interessen der Arbeiterschaft mit denen der "Sowjetbastion" abzustimmen bzw. sich diesen unterzuordnen.
> Die aus dieser Theorie erfolgende Umwandlung der KPen in Instrumente zur Verteidigung und Förderung der Sowjetunion ermöglichte die Führungsrolle der KPdSU innerhalb des kommunistischen Lagers. Gleichzeitig aber legte die Theorie des Sozialismus in einem Lande den Grundstein zu den "Nationalkommunismen" des Eurokommunismus.

Das Problem der nationalen Überwindung des Kapitalismus scheint den Eurokommunisten durchaus bewußt zu sein. Anders ist das Verhalten z.B. der KPF während des Wahlkampes nicht zu erklären. Auch in Italie lien zeigt sich die KPI im Parlament der DC gegenüber nicht nur wohlwollend neutral, sondern stimmte sogar - gegen die Interessen ihrer Wählerschaft - den Anti-Terror-Gesetzen zu, die in Repression und Unterdrückung demokratischer Rechte die bundesdeutschen Anti-Terror-Gesetze bei weitem übertreffen.

Überhaupt hält die KPI ein Bündnis mit der DC nicht nur für möglich, sondern für wünschenswert. Sie weiß genau, welche Forderungen ihre Wählerschaft an sie als Regierungspartei stellen würde, und sie weiß auch, daß sie diese nicht erfüllen kann. Der sog. historische Kompromiß, das Bündnis mit der DC, würde daher viele Probleme lösen, denn bei allen politischen Maßnahmen, die gegen die Basis der KPI gerichtet wären, könnte auf die DC als Sündenbock verwiesen werden.

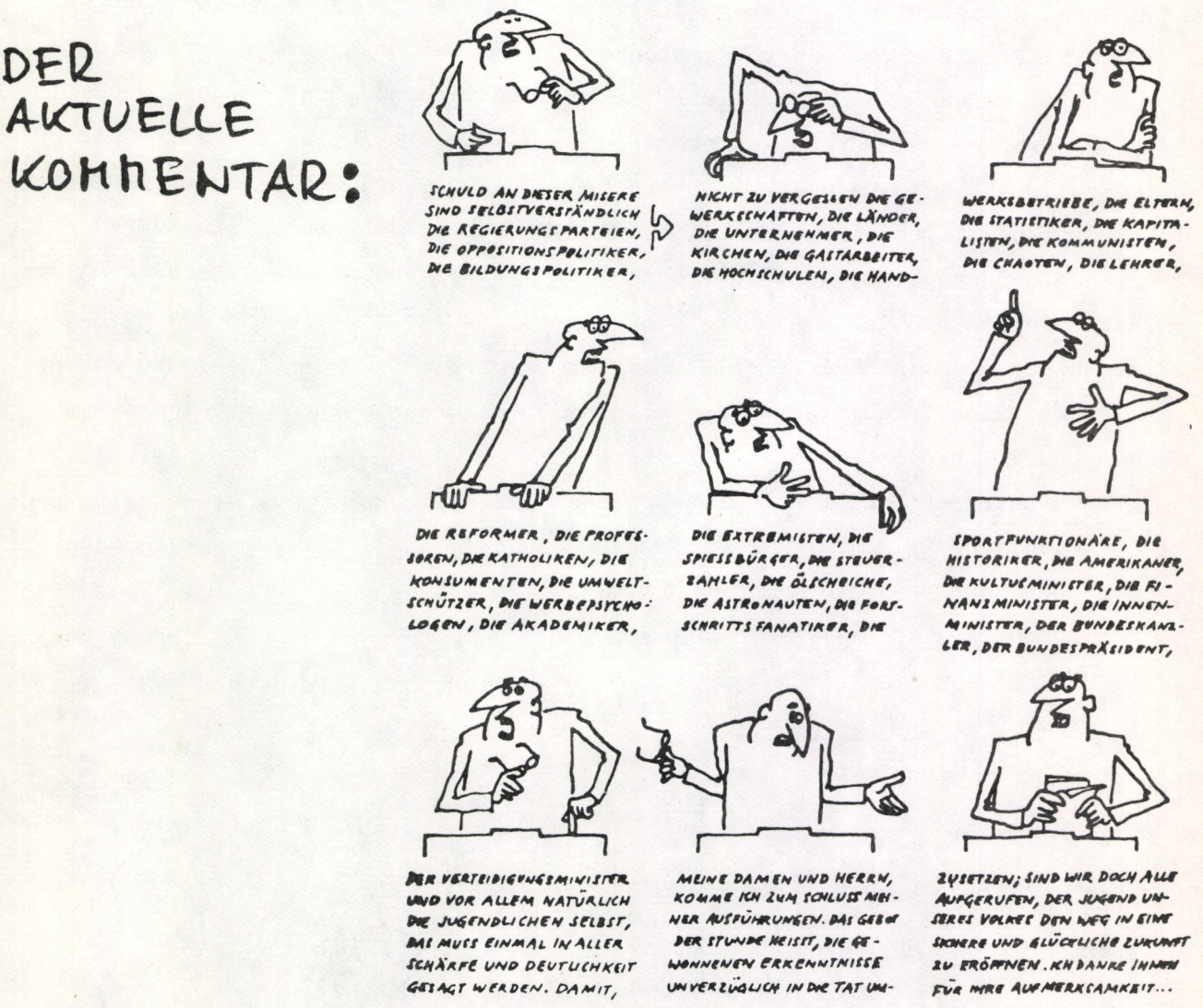
In Frankreich verhält es sich ähnlich: die KPF hatte im Wahlkampf nichts besseres zu tun, als gegen ihren Bündnispartner, die Sozialisten, zu polemisieren. Die Intention, die dahinter steckt, ist klar: die KPF wollte auf Kosten der Sozialisten Wählerstimmen gewinnen, aber nicht soviel, um Regierungsgewalt übernehmen zu müssen. Letzteres Ziel hat sie auch erreicht. Die Wähler wurden durch die Uneinigkeit in der Volksfront so verunsichert, daß sie dann doch lieber die Giscardisten oder überhaupt nicht gewählt haben.

Die Strategie der KPF-Führung war möglich, da die Organisation der Partei immer noch die typischen Charakteristika einer Kaderpartei aufweist, d.h. die Basis führt aus was die Führung beschließt. Neuerdings zeigt sich aber, daß die Basis dies nicht mehr so hinnehmen will. Nicht nur aus der Sozialistischen Partei und der ihr nahestehenden Gewerkschaft CFDT, auch aus aus den eigenen Reihen werden Stimmen laut , die Parteichef Marchais koalitionsschädigendes Verhalten vorwerfen.

In Italien zeigt die neueste Entwicklung, daß das Abwandern der KP zur sozialdemokratischen Position ein politisches Vakuum hinterläßt, das die Entwicklung von linken Splittergruppen begünstigt. Auch ist festzustellen, daß immer mehr KPI Mitglieder aus der Arbeiterschaft die Partei, von der sie sich verraten fühlen, verlassen.

Es ist zwar nicht auszuschließen, daß die KPI bei einer Fortsetzung dieses Trends sich wieder auf ihre ursprünglichen Ziele besinnt und und nach links umschwenkt. Die jetzige Politik birgt jedenfalls eine große Gefahr in sich, und diese Gefahr ist auch bei der KPF und KP Spanien zu sehen: mit dem Ziel , zunächst einmal die Wirtschaft -sprich: den Kapitalismus- zu sanieren, setzen sie nicht nur ihre eigene Identität als kommunistische Parteien aufs Spiel, sondern auch die Einheit der Arbeiterschaft.
Gerade diese Einheit i aber unbedingte Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf für ein vereinigtes sozialistisches Europa.

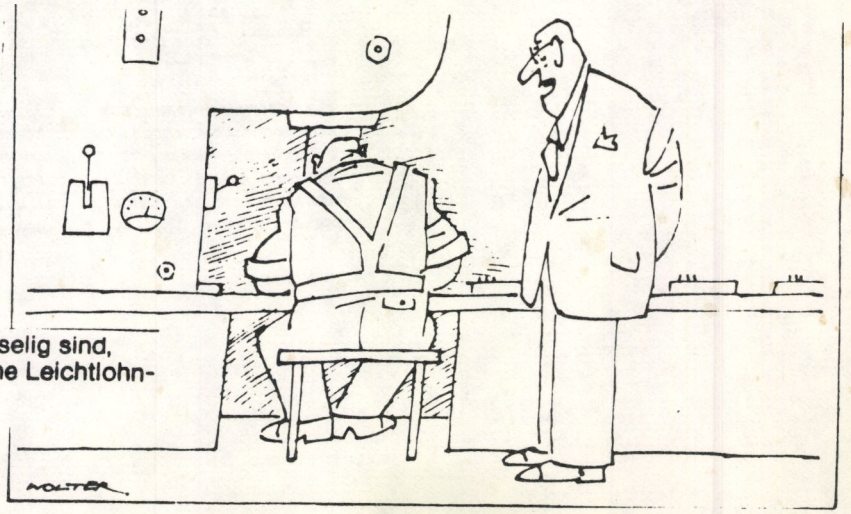
DER AKTUELLE KOMMENTAR:



DIE VDS IN DER KRISE

Auch die 3. o. Mitgliederversammlung der VDS, die vom 22.2. bis 27.2.78 in Gießen stattfand, hat deutlich gezeigt, daß sich die VDS zur Zeit in einer Krise befinden.

Doch zunächst zur Information: in der VDS sind über 180 Studentenschaften der BRD und West-Berlin vertreten, die regelmäßig auf Mitgliederversammlungen über die Aufgaben und die Politik des studentischen Dachverbandes beraten und beschließen. Aufgabe des VDS-Vorstandes ist die verschiedenen studentischen Aktionen bundesweit zu koordinieren und zusammenzufassen und die einzelnen Studentenschaften (ASten) schnellstmöglich mit aktuellen Informationen zu versorgen und in ihre Arbeit an den Hochschulen zu unterstützen. Die Diskussionen auf Mitgliederversammlungen werden in der Regel durch die Diskussion der verschiedenen Positionen der einzelnen politischen Gruppen geprägt. Zentraler Angelpunkt war auch diesmal die Frage, wie am besten und effektivsten die Umsetzung des HRG in den Landesgesetzen und insbesondere in den einzelnen Hochschulen bekämpft und verhindert werden kann. In dieser Frage wurde insbesondere von MSHB der Schwerpunkt auf studentische Massenaktionen gelegt - während hauptsächlich von Teilen der Jusohochschulgruppe und den Basisgruppen betont wurde, daß mit diesen Massenaktionen allein kaum eine Verbesserung der Studiensituation an den Fachbereichen erreicht werden könne und daß es deswegen gerade darauf ankomme, mit der politischen Arbeit da anzusetzen, wo Studieninhalte und Studiensituation (Leistungsdruck, Prüfungsdruck etc.) eine Ausbildung zu kritischen verantwortungsbewußten Wissenschaftlern verhindert.



»Mann, wenn Sie für diese Arbeit zu dusselig sind, setze ich eine Frau daran und mache eine Leichtlohngruppe daraus!«

So heißt es auch im Juos-Aktionsprogramm:

"Eine Stratigie gegen das HRG, die sich auf Fortsetzung von Massenaktionen ohne Erarbeitung langfristiger inhaltlicher Perspektiven beschränkt, wäre zum Scheitern verurteilt . Dort, wo die Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes erfolgt, muß auch die Kritik und der Widerstand ansetzen: also in der ständigen Auseinandersetzung mit Form und Inhalt von Lehrveranstaltungen.

Ein solcher Ansatz kann auch die subjektiven Erfahrungen der Studenten aufgreifen und somit dazu beitragen, die Proklamation objetiver Zusammenhänge zu überwinden und die gesellschaftliche Totalität erfahrbar zu machen. Systematische Kritik bürgerlicher Wissenschaft ist deshalb zentrale Aufgabe. Inhaltlich muß der Widerstand an dem im HRG und den Landeshochschulgesetzen festgeschriebenen Verhältnis von Theorie und Praxis ansetzen. Die nach dem HRG verstärkt geplante Ausri tung des Studiums am Bedarf des Beschäftigungssystems impliziert die Funktionalisierung der zu vermittelnden Qualifikation für konkrete Berufsverwertbarkeit. Diese Reduktion der Ausbildung auf die vorfindliche Berufspraxis war nie die Forderung der Studenten. Einbeziehung von Berufspraxis in das Studium heißt für die Studentenschaften gerade nicht inhaltliche und quantitative Orientierung des Studiums an der unmittelbaren Berufsverwertbarkeit deren Inhalte allein am Nutzen für das Erzielen privat-wirtschaftlicher Profite gemessen werden: also am Interesse derer, die Arbeitskräfte zu eigenem Profit verwerten."

War es in den zurückliegenden Jahren den "gewerkschaftlich-orientierten" Kräften (also MSB-Spartakus u. SHB möglich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der VDS (die GO-Kräfte verfügten über eine Mehrheit) eine deutliche Machtpolitik zu betreiben und somit ihnen unangenehme Diskussionen zu verhindern, so läßt sich in den letzten Monaten erkennen, daß die GO-Politik bei den Studenten mehr und mehr auf Kritik stößt, was sich auch in den Mehrheitsverhältnissen der VDS niederschlägt, Die auf der 3. ordentlichen Mitgliederversammlung in Gießen geführten Diskussionen z.B. über die Frage welche Position die VDS zum HRG einnimmt, macht deutlich, daß einiges in Bewegung geraten ist. Der von MSHB vertretenen Positionen daß der Schwerpunkt der student. Aktionen darin zu sehen sei, eine Novellierung des HRG zu fordern, um "die anläßlich der Wintersemesteraktionen verschärften Widersprüche im Lager der HRG-Beschließer zu vertiefen und auszunutzen", wurde von den Juso-Hochschulgruppen und denBasisgruppen die Meinung entgegengehalten, daß in dieser Frage die Rücknahme des HRG die einzige politisch sinnvolle Forderung sei, da durch eine Novellierungsforderungdas HRG insgesamt nicht in Frage gestellt wird und bei einer Novellierung der restriktiven (repressive) Charakter des HRG beibehalten würde.

Der AStA der THD hat sich, entsprechend mehrer Vollversammlungs- und StuPa-Beschlüssen, auch auf dieser VDS-Mitgliederversammlung konsequent für die Rücknahme des HRG ausgesprochen.

Nicht zuletzt auch an der Novellierungsfrage (von MSB und SHB wurde bedingungslos an der Novellierungsforderung festgehalten) scheiterte der Versuch ein gemeinsames Arbeitsprogramm aller im VDS-Vorstand vertretenen Gruppen (Juso-Hochschulgruppe, Basisgruppe, LHV, MSB, SHB) zu erstellen.

Die Diskussion um die Einschränkung von Freiheitsrechten in Ost und West - sowohl in Ländern der "freien Welt", wie in Ländern des "realen Sozialismus" - machte deutlich, in welcher Krise sich die VDS befinden! Das von den Jusos vorgelegte Aktionsprogramm sollte als Grundlage der Beratungen für die Beschlußfassung dienen. Dieses Aktionsprogramm enthielt jedoch u.a. einen Passus, der sich kritisch mit den Freiheitsrechten im "realen Sozialismus" beschäftigte.Da die Fraktionen von MSBu. SHB damit drohten, aus diesem Grunde (!) dem Aktionsprogramm der Jusos nicht zuzustimmen - die verschiedenen Fraktionen jedoch an einem gemeinsamen Aktionsprogramm interessiert waren - strich die Juso-Fraktion den Teil über die Kritik am "realen Sozialismus" in Osteuropa aus ihrem Aktionsprogramm und legten gemeinsam mit den Basisgruppen folgenden Einzelantrag vor:

Antrag der Juso-Hochschulgruppe und der Basisgruppen

Betr.: Prinzipielle Verteidigung von Freiheitsrechten

"Die internationalistische Tradition der Studentenbewegung kann von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften nur dann glaubhaft fortgesetzt werden, wenn die VDS auch wirklich international für die Freiheitsrechte eintreten. Deshalb gilt es, rassistische und faschistische Regime zu verurteilen (z.B. Süd-Afrika, Iran, Chile, Argentinien).
Die VDS befürworten eine breite kritsche Diskussion über die gesellschaftliche Realität in den Staaten des Warschauer Pakts. Am 21.8.1978 jährt sich zum zehnten Mal der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts unter militärischer Führung der Sowjetunion in die CSSR als Anwort auf die Bewegung des Prager Frühlings. Die VDS lehnen das Vorgehen der Sowjetunionab, ein Land durch militärische Intervention unter seinen politischen Druck zu zwingen.

Die VDS beobachten auch in der DDR eine Einschränkung von Freiheitsrechten. Die VDS verurteilen die Ausweisung, Ausbürgerung und Inhaftierung von Regimekritikern (Bahro, Havemann, Biermann). Die VDS unterstützen Bürgerrechtsbewegungen, die sich überall und prinzipiell für die Verwirklichung demokratischer Rechte einsetzen.
Der VDS-Vorstand wird beauftragt, Veranstaltungen anläßlich des 10. Jahrestages des Einmarsches in die CSSR zu organisieren und dabei mit der sozialistischen Opposition der CSSR zusammenzuarbeiten.

Gruppierungen in den VDS, die abweichende Positionen in dieser Frage vertreten, sind aufgefordert, dazu Stellung zu beziehen.

Dieser Einzelantrag lag aus verschiedenen Gründen lediglich dem Tagungspräsidium vor. Das Tagungspräsidium erklärte den Antrag als dringlich. Dies hatte die sofortige Beratung zur Folge. Jetzt geschah das entscheidende: Obwohl der Wortlaut des Antrages den Versammelten, also auch MSB und SHB, nicht bekannt war (lediglich dem Präsidium lag er vor), stellte der MSB den Antrag den Vorstandsbeschluß aufzuheben. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der dann vom MSB gestellte Antrag auf Nichtbefassung wurde hingegen angenommen. In der Begründung der Anträge erklärte ein MSB-Vertreter (Graf Lehndorff = Mitglied des Parteivorstandes der DKP) Freiheitsrechte hätten nichts mit studentischer Politik zu tun und außerdem sei der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR ein Akt der Befreiung gewesen, vergleichbar mit der Befreiung Vietnams.

Die Verweigerung selbst der politischen Auseinandersetzung durch den Antrag auf Nichtbefassung mit den Problemen politischer Unterdrückung im "realen Sozialismus", die bedingungslose Ablehnung auch nur der Information von Seiten von MSB und SHB wurde von den übrigen Asten scharf kritisiert, da zu dem in dem Antrag vorgesehen war, daß MSB und SHB ihre eigene Position vertreten können.
Wegen dieser Auseinandersetzung erklärten Juso-Hochschulgruppen und Basisgruppen, daß ein gemeinsames Aktionsprogramm mit MSB und SHB z.Z. nicht möglich sei, da man nicht bereit sei, grundsätzliche Positionen seiner eigenen Politik opportunistischen Prinzipien zu opfern.
So wurde auf dieser Mitgliederversammlung lediglich ein neuer Vorstand gewählt: Hans-Bernhard Rhein (Juso-Hochschulgruppen) Ali Schmeissner (Basisgruppen, er erhielt erst im 9. Wahlgang die erforderlichen Stimmen), Andreas Mölich (MSB-Spartakus), Friedrich Weddige (SHB). Der LHV hat beschlossen, auch weiterhin die Arbeit in den VDS nicht wieder aufzunehmen, da eine konstruktive Politik im Verband seiner Einschätzung nach nicht möglich sei, der Ver-

treter des LHV bleibt deshalb nur kommissarisch im Amt.
Mit dieser Wahl ist wenigstens die Weiterarbeit der VDS gewährleistet, doch diese Arbeit wird von den einzelnen Vorstandsmitgliedern nicht auf Grundlage eines gemeinsamen Programms geleistet werden, sondern auf Basis des jeweils von der hochschulpolitischen Gruppierung erarbeiteten Grundsatzpapiers.

Auch diese Mitgliederversammlung hat die Probleme der VDS eindeutig zu Tage gefördert. Die Politik und die Arbeit des Verbandes orientiert sich nicht an den unmittelbaren Problemen der Studenten, sondern wird von den Interessen der in den VDS vertretenen hochschulpolitischen Gruppen bestimmt, Da es z.Z. keinerlei Alternativen zum VDS gibt, es jedoch unbedingt notwendig ist, daß ein gemeinsamer Dachverband aller Stu. dentenschaften als Interessenvertretungsorgan existiert, ist - insbesondere die GO-Fraktion - ihre gruppenegoistische Aktivitäten reduzieren, zugunsten gemeinsamer Anstrengungen zur Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder. Denn eine Spaltung der Studenten ist in keinster Weise geeignet eine sinnvolle Lösung studentischer Probleme herbeizuführen.

Hochschul Rahmen Gesetz